



## **Arnstädter Erklärung**

### **des Stadtrates Arnstadt und des Kreistages des Ilm – Kreises**

Die Solarbranche ist ein wichtiger Wirtschafts- und Technologiefaktor in der Region Arnstadt. Die Branche gehört derzeit mit über 4.000 direkt und indirekt Beschäftigten zu den wichtigsten Industriezweigen des Freistaates.

Der angekündigte Rückzug der Robert Bosch GmbH aus dem Solargeschäft ist ein schwerer Schlag für den Wirtschaftsstandort Arnstadt und insbesondere für die Beschäftigten und deren Familien.

Diese Entscheidung ist aus Sicht des Stadtrates Arnstadt wirtschaftlich kurzfristig, da ein großer Technologiekonzern wie Bosch in der Lage wäre, eine dauerhafte und starke Position im Markt mit weiterentwickelten und technisch hochwertigen Produkten zu erreichen.

Die Solarindustrie hat trotz der momentanen Krise insgesamt Zukunft. Der Markt für die Photovoltaik wird global weiter anwachsen. Damit entstehen neue Absatz- und Beschäftigungsperspektiven.

Bislang hat sich Bosch als ein Unternehmen ausgezeichnet, das soziale Verantwortung gegenüber den Beschäftigten übernimmt.

Deshalb muss es aus Sicht des Stadtrates Arnstadt jetzt darum gehen, gemeinsam – Unternehmen, Land, Landkreis und Kommune, ein Konzept zu entwickeln, das Lösungswege aufzeigt und Arbeitsplätze erhält.

#### **Deshalb bitten wir den Bosch – Konzern:**

- Um eine nochmalige Überprüfung der Entscheidung zum vollständigen Rückzug aus dem Solargeschäft.
- Um eine verbindliche Zusage der Bosch Solar Energy AG, dass die Produktion am Standort Arnstadt vollumfänglich bis mindestens Ende 2013 aufrechterhalten wird und der Ausspruch betriebsbedingter Kündigungen bis zu diesem Zeitpunkt ausgeschlossen wird.
- Die Verlagerung und Integration anderer Produktions- und Produktfelder aus dem Produktportfolio des Bosch – Konzerns nach Arnstadt zu prüfen und zeitnah zu entscheiden. Bosch muss zur Sicherung des Standortes und der Beschäftigung einen substantiellen Beitrag zu leisten. Vorrangiges Ziel muss sein, dass alle Mitarbeiter ein Angebot zu einer weiteren Beschäftigung bei Robert Bosch erhalten.
- Nötigenfalls auch den Verkauf von Bosch Solar Energy AG und des Produktionsstandortes Arnstadt zu prüfen. In diesem Fall erwarten wir eine positive Begleitung der Robert Bosch GmbH in den Verkaufsverhandlungen, insbesondere auch hinsichtlich der Sicherung von sozialen, betrieblichen und tariflichen Standards.

- Dass die Landesregierung, der Landkreis, die Kommune, der Betriebsrat und die IG Metall rechtzeitig und umfassend informiert und einbezogen werden.

Bosch ist bisher als ein Unternehmen mit hoher sozialer Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und der Region aufgetreten. Wir sehen deshalb den Bosch - Konzern in der Verantwortung, den Produktionsstandort Arnstadt zu erhalten.

Mit der Entscheidung, ob der Standort Arnstadt weiterhin ein Standort zur Fertigung im Bereich der Photovoltaik bleibt oder nicht wird sich auch die Frage entscheiden, ob die deutsche Solarindustrie im internationalen Wettbewerb künftig eine wichtige Rolle einnimmt.

Wir bitten deshalb darüber hinaus die Bundesregierung:

- Dringend - bis spätestens Ende Mai 2013 - um die Einberufung eines „Nationalen Solar-Gipfels“ mit dem Ziel ein nachhaltiges Konzept zur Solarwirtschaft in Deutschland und Europa zu entwickeln. Deutschland darf sich aus dem Zukunftsfeld Solar, gerade zur Erreichung der Energiewende, nicht verabschieden.
- Die Anti-Dumping-Klage der europäischen Solarindustrie in Brüssel zu unterstützen und dafür zu werben, dass diese schnellstmöglich entschieden wird. Nur wenn es endlich wieder faire Wettbewerbsbedingungen für alle Anbieter der PV-Branche gibt, kann die Zukunft der Solarbranche gesichert werden.

Wir sehen uns gemeinsam in der Verantwortung für den Produktionsstandort und für die Beschäftigten. Dazu muss zuallererst Robert Bosch einen Beitrag leisten. Aber auch anderen denkbaren Maßnahmen müssen im Interesse der Beschäftigten am Standort Arnstadt und der Menschen in der Region geprüft und zukunftsorientierte Lösungen entwickelt werden.

Wir stehen solidarisch zu den Beschäftigten in Arnstadt und wollen unseren Beitrag leisten, dass eine beschäftigungspolitische Perspektive möglich wird.

Arnstadt, den 11.04.2013

.....  
Alexander Dill, Bürgermeister

.....  
Petra Enders  
Landrätin Ilm – Kreis



